

Vorwort

Die Schweiz als Sonderfall, „la Suisse à contre-courant“ – dieses Thema hat im schweizerischen Selbstverständnis wie im ausländischen Urteil über die Schweiz eine lange Tradition. Der amerikanische Politologe Karl W. Deutsch (Harvard University), knüpft daran an, allerdings mit einer überraschend neuen Sehweise und mit Folgerungen, die zu denken geben.

Was er sagt, steht vor dem Hintergrund eines überaus fruchtbaren und bedeutenden wissenschaftlichen Schaffens auf den Gebieten der Integrations- und Nationalismusforschung, der Politischen Kybernetik und der Konflikts- und Friedensforschung. Seine neuen Erkenntnisse auf diesen Gebieten macht Deutsch hier einer Betrachtung der schweizerischen Staatsproblematik nutzbar. Dazu ist er aber auch aus einem anderen Grunde berufen: Seit Jahren arbeitet er – anfänglich gemeinsam mit dem inzwischen verstorbenen Historiker Hermann Weilenmann – an einem Werk über die Schweiz. Die vorliegende Schrift, die auf einer Gastvorlesung, gehalten an der Universität Zürich, beruht, mag als erste Kostprobe dafür dienen. (Sie gibt die – nur geringfügig überarbeitete – Abschrift der Tonbandaufzeichnung der vom Verfasser in deutscher Sprache gehaltenen Rede wieder.)

Darüber hinaus ist Karl W. Deutsch seit langem das, was man schlicht als „Freund der Schweiz“ bezeichnen darf. Allein, in diesem Fall hat Liebe nicht blind gemacht: Dies zeigt Deutschs ernste Auseinandersetzung mit der Frage, ob und inwieweit die Schweiz heute überhaupt noch innovationsfähig sei und sich durch innere Reformen zu wandeln vermöge. Für

Einige Grundbegriffe der Integrationstheorie

Vier Elemente

Ganz allgemein gesprochen ist die Integration der Prozess, um aus einzelnen Elementen oder Komponenten ein Ganzes zu machen. Wir sagen: „Die Integration hat stattgefunden“, oder „Sie besteht als Struktur“, wenn ein Ganzes zustande gekommen ist. Ein erstes operationelles Verfahren, um festzustellen, ob eine Gruppe von Einzelgliedern ein Ganzes geworden ist, besteht darin, abzuklären, ob *Übertragungen von Wirkungen* von einem Element auf das andere voraussagbar geworden sind. Es handelt sich dann um einen hohen Grad voraussagbarer Interdependenz.

Vom strukturellen Standpunkt aus bedeutet das eine teilweise *Ähnlichkeit der Elemente*; aber diese Ähnlichkeit braucht von aussen gesehen nicht unbedingt offenkundig zu sein. Ein Schlüssel sieht nicht aus wie ein Schloss, aber wenn man den Schlüssel umdreht, wenn er in dem dazupassenden Schloss steckt, so bewegt sich der Riegel des Schlosses. Das Wichtige ist also nicht die äussere Ähnlichkeit, sondern die verlässliche Übertragung von Wirkungen, die Übertragungswirkung mit einem sehr hohen Grad von Wahrscheinlichkeit. Bei genauerem Zusehen stellt sich allerdings heraus, dass bestimmte Zacken am Bart des Schlüssels bestimmten Stiften oder Rasten innerhalb des Schlosses entsprechen. Es gibt also nicht eine Ähnlichkeit, wohl aber ein Mindestmass an struktureller Entsprechung zwischen einigen der verschiedenen Komponenten der beiden Systeme. Die strukturelle Ent-

sprechung ist dann die Grundlage zu dem, was wir im Prozess beobachten, zur Übertragung von Wirkungen.

Darüber hinaus verlangen wir vom Begriff der „Integration“, dass beobachtbare *Ganzheitseigenschaften* vorliegen, d. h. dass die Ganzheit der zusammengefassten oder interagierenden Elemente Eigenschaften aufweist, die bei keinem der einzelnen Teile zu beobachten sind. Nur dann, wenn Ganzheitserscheinungen festzustellen sind, kann man von Integration sprechen.

Schliesslich denken wir an die *positive Kovariation der Werte*. Wenn es ein System gibt, das Interdependenz zeigt, Ganzheitseigenschaften aufweist und strukturelle Entsprechungen enthält, aber in dem die Ziele der einen Komponente nur auf Kosten des Bestandes oder der Ziele der andern Komponente erreicht werden können, dann haben wir zwar ein System, aber nicht ein Integrationssystem, sondern ein Konfliktsystem. Es gibt eine Interdependenz zwischen Wölfen und Schafen. Man kann im allgemeinen sogar die Interdependenz zwischen jeder Beute-Spezies und den Raubtieren, die von ihr leben, mathematisch darstellen. Es gibt die berühmten Raubtier/Beutetier-Gleichungen von Lotka/Volterra und anderen Mathematikern. Aber das sind eben Konfliktsysteme, und schon Abraham Lincoln machte darauf aufmerksam, dass das, was Freiheit für den Wolf sei, Unfreiheit für die Schafe bedeute, und was Freiheit für den Sklavenhalter bedeute, stelle Unfreiheit für den Sklaven dar. Eine wirkliche Integration verlangt eben nicht die negative Kovariation der Werte, sondern die positive, so dass ein Wertgewinn für ein Element

zumindest keinen Wertverlust, wenn möglich aber einen Wertgewinn für das andere Element bedeutet. Nur so kann die Kovariation helfen, einen Lernprozess fortzusetzen, verstärkende Erlebnisse zu produzieren, durch welche die Integration in dem sozialen Gefüge, im politischen Handeln der Menschen, produziert und verfestigt wird.

Darüber hinaus gibt es natürlich *Institutionen der Integration*, die sich auf verschiedene Zwecke beziehen können. Der einfachste Fall ist der Versuch einer gemeinsamen Abwendung einer kurzfristig drohenden Gefahr oder der gemeinsamen Erreichung eines kurzfristig begehrenswerten Zieles. Das wird in der internationalen Politik fast immer nur durch Bündnisse erreicht. Falls die Gefahr oder die Ziele von langer Dauer wären, könnte es eine Art Dauerbündnis geben. Aber auch hier führen Dauerbündnisse erfahrungsgemäss fast nie zu Integration. Schottische Nationalisten nannten das Bündnis mit Frankreich „die alte Allianz“ (von etwa 1300 an bis gegen das 16. Jahrhundert hin), aber Schottland und Frankreich wurden nie *ein* Land. Portugal und England waren etwa 500 Jahre lang Verbündete, dennoch sind sie in keiner Weise kulturell oder politisch integriert. Wenn es sich aber um viele verschiedene Ziele handelt oder um ein ganz überwältigend wichtiges Ziel, dann ist Integration nur *möglich*, aber nicht sicher.

Integration als Friedensgemeinschaft

Die bescheidenste Form der echten Integration, die wir kennen, ist die *Integration zur Erhaltung des Friedens*, also der Versuch, eine solche politische Situation zu schaffen, dass Kriege unter den Komponenten nicht mehr erwartet werden, nicht mehr wahrscheinlich sind und nicht mehr materiell vorbereitet werden. Die entmilitarisierten Grenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada seit 1819 oder der heutige Zustand der deutsch-französischen Grenze in Europa sind Beispiele dafür, dass in diesen Gegenden Krieg nicht mehr erwartet wird, dass der Krieg nicht mehr materiell vorbereitet wird. Die schwedisch-norwegische Grenze seit 1907 ist ein anderes Beispiel einer solchen Friedenszone. Denn der materielle Indizbeweis der Friedenserwartung ist die Abwesenheit von Grenzbefestigungen, die Abwesenheit von Truppendispositionen, die unmittelbar gegen das andere Land gerichtet sind; alle diese Dinge sagen uns, dass hier die Erwartung des Friedens überwiegt. Bis zu einem gewissen Grade ist Skandinavien eine solche Friedenszone geworden. Die amerikanisch-mexikanische Grenze ist es wohl spätestens seit der „guten Nachbarschaftspolitik“, etwa seit 1928, seit Präsident Herbert Hoover und Staatssekretär Charles Evans Hughes. In Westeuropa ist eine solche Friedenszone im Entstehen begriffen, vielleicht bereits weitgehend unter den Staaten des Gemeinsamen Marktes realisiert. Allerdings unterhält die Schweiz immer noch vorsorglich Verteidigungseinrichtungen

an ihren Grenzen, da man diesen Ansätzen zur Befriedung Europas noch nicht völlig traut.

Man kann eine solche regionale Integration einer Friedensgemeinschaft auch erreichen und *wieder verlieren*. Etwa um das Jahr 1952 gab es keine ernsthaften Vorbereitungen für die Möglichkeit eines russisch-chinesischen Krieges. Und auch nach der Theorie des Marxismus-Leninismus, der damals in beiden Ländern herrschenden Ideologie, war ein solcher Krieg nicht zu erwarten. Inzwischen stellte sich leider heraus, dass der Kommunismus nicht nur die Schriften von Marx, Lenin und Engels zur Lektüre empfiehlt, sondern von den Anhängern auch verlangt, die jeweilige Parteiführung im jeweiligen Lande für fast unfehlbar zu halten. Wenn es aber zwei starke Parteiführer in zwei starken Ländern gibt, so ist es sehr schwer, ein Verhältnis gegenseitiger Duldung oder Toleranz zu erzielen, falls die Ansichten oder Interessen wesentlich voneinander abweichen. Da „totalitär“ genannte Formen der Herrschaft eben die Unduldsamkeit lehren, das Bewusstsein, vor allem selbst recht zu haben, und noch dazu lehren, dass der Andersdenkende wahrscheinlich unmoralisch sei oder ein Klassengegner, hat sich im Lauf der Zeit das Verhältnis zwischen Russland und China immer mehr verschlechtert. Gerade da die Beschäftigung mit dem eigenen Lande in vielen Ländern der Beschäftigung mit dem Ausland vorangeht und in den kommunistischen Ländern die Beschäftigung mit der Innenpolitik vielleicht noch vorrangiger ist als anderswo, wurde es in der Auslese der Führungskräfte immer wahrscheinlicher, dass die führenden Kräfte Chinas eben in ihrer

Aufmerksamkeit vor allem chinazentriert sein und die russischen Führungskräfte immer mehr sich auf die russischen Interessen konzentrieren würden. Und so entfremdeten sich die beiden Länder, und heute gibt es, Berichten der Welt-
 presse zufolge, etwa eine Million russischer Soldaten an der chinesischen Grenze und eine entsprechende Zahl chinesischer Truppen an der russischen, und auf einer Insel im Flusse Ussuri ist nun tatsächlich seit 1969 allerhand Blut geflossen, Blut von Soldaten, die vielleicht auf beiden Seiten vorher die Internationale gesungen hatten.

Das ist eine Tragödie und eine Warnung: dass Integration, obwohl sie bereits stattgefunden hat und obwohl sie ideologisch gesichert scheint, wieder verloren werden kann. Dieses Problem stellt sich nicht nur in kommunistischen Ländern; die Vereinigten Staaten hatten sich ja in den Tagen George Washingtons und Andrew Jacksons auch eingebildet, eine Integration erreicht zu haben, die dann aber in dem grossen Bürgerkrieg der 1860er Jahre blutig zusammenbrach.

Integrationen zur Friedensgemeinschaft und auch zu andern Zwecken können also zwar erreicht werden, aber ihre Konsolidierung ist eine Frage der empirischen Tatsachen; sie kann schwach sein, sie kann ungenügend sein, sie kann hinfällig werden. Umgekehrt kann auch die Konsolidierung erhalten bleiben. Und hier stellt sich nun die Frage, wie es die verschiedenen Regionen und Sprachgruppen der Schweiz fertiggebracht haben, ihre Integration nicht nur zustande zu bringen, sondern sie schliesslich auch so gründlich zu konsolidieren und so lange zu erhalten. Seit 1847 haben die

Schweizer nicht einmal mehr einen Mini-Bürgerkrieg gehabt, und derjenige von 1847 war auch nicht besonders blutig. Der letzte ernstliche Bürgerkrieg in der Schweiz, der Zweite Villmerger Krieg, fand 1712 statt.

Das bildet eine beträchtliche Konsolidierungsleistung für Regionen und Bevölkerungsgruppen, die ihre Sprachen und ihre Eigenart in so vieler Hinsicht beibehalten haben.

Wertgewinn

Im wesentlichen wird aber die Integration häufig weit über die Friedenserhaltung hinausgetragen. Es handelt sich dann sehr oft um gemeinsame Verfolgung von grossen Bereichen, von Wertgewinn durch Wertaneignung oder durch Wertschaffung. Und es gibt sogar eine Möglichkeit, dass man sich dann für *viele* Zwecke oder für *alle* Zwecke integriert und sagt: „Wir wissen noch gar nicht, was all die Dinge sein werden, die wir eines Tages gemeinsam zu unternehmen gedenken; aber wir wissen, dass wir nur durch das gemeinsame Unternehmen, die Gemeinsamkeit, eine wirklich gute Chance haben, Erfolg zu haben in all den verschiedenen, heute noch unbekanntem Dingen, die wir uns eines Tages vornehmen werden.“ Als die Amerikaner im 18. Jahrhundert ihre Staaten integrierten, wussten sie bereits, dass die Besiedlung des Kontinents, der westlich der Allegheny-Berge sich ausdehnte, eine gemeinsame Riesenaufgabe sein werde. Sie hatten damals noch keine Ahnung von transkontinentalen Eisenbahnen oder

von Dampfschiffrouen über den pazifischen Ozean. Es gab sicher niemanden unter den Begründern Amerikas, der sich vorstellte, dass eines Tages, im Jahre 1969, zwei amerikanische Bundesbeamte ihre Fussspuren auf der Oberfläche des Mondes hinterlassen würden.

Normen und Institutionen

Darüber hinaus kann Integration natürlich auch noch zur psychologischen Identifikation führen. Die Werte und die Symbole einer Gemeinschaft werden dann ein Teil der Persönlichkeitsstruktur vieler oder im Grenzfall aller Staatsbürger; sie werden, wie die Psychologen sagen, „introjiziert“, sie werden also ein Teil der inneren Struktur, des Gedächtnisses, des Denkens, Fühlens und Hoffens der Menschen.

Es mag auffallen, dass bisher weder gemeinsame Gesetze noch gemeinsame Institutionen erwähnt wurden. Das war Absicht. Es ist wohl sicher, dass, wenn eine politische Integration stattfindet, man sich auch gemeinsame Regeln und Gesetze gibt. Aber das soziale Gewebe, also die Vielfalt sozialer, wirtschaftlicher und psychologischer Beziehungen, unterbaut die Gemeinschaft viel wirksamer, als es juristische Regeln oder Institutionen tun können. Es ist also das *soziale Gewebe*, das die Institutionen trägt und ihre Wirksamkeit ermöglicht oder verhindert. Wo das soziale Gewebe der Wirksamkeit der Gerichtshöfe, der Polizei entgegensteht, dort funktionieren die Gerichtshöfe schlecht, dort werden die Gesetze missachtet,

dort wird der Polizei entweder nicht gehorcht, oder wenn man ihr gehorcht, so wird sie doch gehasst. Und dann sagt man, so wie die Iren unter englischer Herrschaft am Anfang des Ersten Weltkrieges sagten: „Englands Verlegenheit ist Irlands Gelegenheit.“ Wenn es den Engländern schlecht geht, dann werden die Irländer vielleicht frei, d. h. dann wartet der sich benachteiligt glaubende Teil des integrierten Gebietes auf die Niederlage der Bevorzugten, um sich dann selbst wieder unabhängig und frei zu machen.

Es scheint, dass die starke Betonung der gemeinsamen Institutionen, der gemeinsamen Regierung, der gemeinsamen Gesetze, zum Teil eine Berufsvorliebe unserer Kollegen von den *juristischen* Fakultäten ist, die sich nicht mehr daran erinnern, dass auch in England das lebendige Gewebe der menschlichen Beziehungen dem Common Law vorausging und dass die englischen Richter erst das kodifizierten, was bereits geschah, ähnlich wie früher auch die römischen Juristen oft nur das niederschrieben, was bereits im Jus gentium lebendige Praxis war – dass also die lebendige Praxis, das Leben, den Gesetzen häufig vorangeht, und es nur selten ist, dass man durch Gesetze dem Leben vorangehen kann. Das gelingt manchmal, aber es geht nicht sehr oft.

In Amerika kommt noch ein weiterer Gesichtspunkt hinzu: Amerika ist das Land der *Technologie*, der Versuche, für schwierige Probleme technologische Lösungen zu finden. Einer der Gründer der amerikanischen Unabhängigkeit, Thomas Paine, nannte im 18. Jahrhundert den lieben Gott den „ersten Mechaniker“. Diese Verehrung der Mechanik

wurde später zur Suche nach dem, was man in Amerika als den „technological fix“ bezeichnet, also die Vorstellung, ein schwieriges Problem durch ein technologisches Arrangement zu lösen. Was der „technological fix“ in der Medizin und in vielen andern Dingen sein könnte, das ist auf anderer Ebene der juristische, der institutionelle „fix“, also das institutionelle Arrangement, von dem man hofft, es werde den politischen Prozess oder ein politisches und soziales Entwicklungsprogramm ersetzen. Das ist zwar eine sehr einladende Versuchung, aber man sollte ihr widerstehen.

Integration als Lernprozess

Aufgrund der theoretischen Erwägungen, die bisher angedeutet wurden, könnte man sagen: Die Integration wird *gelernt*. Sie wird gelernt in allen ihren Auswirkungen in bezug auf Wertkovarianz, psychologische Identifikation, soziales Gewebe und prozessuell entsprechende Verhaltensweisen. Sie unterliegt der allgemeinen Gesetzmäßigkeit der Lernprozesse, wie wir sie heute dank der Psychologie und der Soziologie des Lernens und der Lernprozesse zu verstehen beginnen. Im wesentlichen ist Lernen eine Verhaltensweise, die verstärkt wird. Lernen besteht aus zwei Dingen: einem Prozess des „Vorschlages“ und einem Prozess der Verstärkung, die zusammen bewirken, dass man auf eine ähnliche Situation nun anders antwortet als früher.

Lernen beruht also zunächst auf einem *Vorschlagsprozess*. Wenn man keine neue Verhaltensweise versucht oder vorschlägt, kann man sie nicht lernen. Man kann nicht lernen, was man nicht probiert hat. Man kann nicht lernen, was man nicht vorgeschlagen hat; man kann nicht lernen, woran man nie gedacht hat. Lernen beginnt also mit einem *Trieb zur Veränderung*, mit dem Akt der Nicht-Konformität. Wer autoritär gesinnt ist, mag das einen Akt der „Mini-Rebellion“ oder „Teilrebellion“ nennen. Wo es gar keine Rebellion gibt, wo es gar keine Verhaltensänderungen gibt, da gibt es kein Lernen.

Aber nach dem Vorschlag, dem Versuch der Einführung einer neuen Verhaltensweise, kommt die *Verstärkung*. Entweder geschieht etwas, das es weniger wahrscheinlich macht, dass man diese Verhaltensweise wiederholt; dies ist meistens der Fall, wenn man schlechte, wertmindernde Erfahrungen macht. Oder es geschieht etwas, das die frühere oder spätere Wiederholung der neuen Verhaltensweise wahrscheinlicher macht: Das Verhalten wird belohnt, es ist von Erfolg gekrönt, es wird in irgendeiner Art verstärkt. Diese Verstärkung kann materieller oder individualpsychologischer Natur sein, indem man z. B. gewisse angenehme Erinnerungen sich durch diese Verhaltensweisen wieder ins Gedächtnis zurückruft; oder das neue Verhalten kann sozial verstärkt werden durch den Beifall, die Unterstützung durch die Mitmenschen.

Um Integrationsverhalten zu lernen, um also zu lernen, dass man den Bürger der andern Landschaft als einen *Mitbürger* ansieht und dementsprechend handelt – und um das zu ver-

festigen, müssen die gemeinsamen Interessen oder die gemeinsamen Erwartungen sehr wichtig sein. Ein Gemeinsamkeitsprozess, der nur eine Erhöhung oder Erfüllung trivialer Werte verspricht, wird kaum sehr gründlich gelernt. Die Werte müssen also wichtig sein, die Erwartungen müssen lebendig, dem Menschen im Geist gegenwärtig sein.

Zweitens muss Vertrauen entweder von Anfang an herrschen oder Schritt für Schritt erworben werden – das Vertrauen nämlich, dass die integrativen Verhaltensweisen tatsächlich diese Versprechungen oder Erwartungen oder Hoffnungen erfüllen werden. Also handelt es sich hier einerseits um eine sehr subjektive Wertsetzung. Manche Werte sind zwar nicht nur subjektiv, sondern objektiv gegeben. Hungerige Menschen müssen essen, und Mütter interessieren sich im allgemeinen in allen Kulturen dafür, dass ihre Kinder überleben. Aber es muss auch eine kognitive Bereitschaft dazu da sein, anzunehmen, dass das integrative Verhalten nun tatsächlich die Bedürfnisse der Menschen und die Werterhaltung unterstützt. Wenn sowohl die „Wert-Salienz“, also die Bedeutung und Lebendigkeit der Werte, hoch ist, wenn das Vertrauen in die integrativen Verhaltensweisen als Wertproduzenten hoch ist, wenn die werterhöhenden Erfahrungen häufig sind und der Verstärkungsprozess wirksam ist, dann und nur dann wird Integration gelernt.

In den letzten Jahren hat man erkannt, dass ein Lernprozess, in dem eine Verhaltensweise jedesmal belohnt wird, wenn man sie verwirklicht, nur zu sehr oberflächlichem Lernen führt. Wenn in einem Tier- oder Menschenversuch eine be-

stimmte Verhaltensweise *jedesmal* belohnt wird, dann wird dieses Verhalten sehr leicht aufgegeben, wenn die Belohnung nur einmal oder einige Male ausbleibt. Wenn aber eine Verhaltensweise *häufig* belohnt wird, also mit einer Wahrscheinlichkeit, die gross genug ist, dass das Verhalten überhaupt zunächst einmal gelernt wird – z. B. mit einer Wahrscheinlichkeit von 90 Prozent oder mehr – und wenn dann die Belohnung seltener wird, aber nicht ganz ausfällt, dann ist es möglich, durch einen abnehmend wahrscheinlichen Verstärkungsprozess den Menschen ein unerhört zähes Festhalten an einem einmal gelernten Verhalten beizubringen; das gilt sogar für Tiere. Man kann einer Ratte auf diese Weise beibringen, tausende Male einen Hebel zu ziehen, um ein schabiges Stück Käse zu bekommen. Die Ratte muss allerdings hungrig sein, und sie muss vorher in einer Zeit reichlicher Belohnungen gelernt haben, auf diesen Hebel zu vertrauen. Aber abnehmend wahrscheinliche Verstärkungsabfolgen machen Gewohnheiten fester, hartnäckiger, dauerhafter. Die menschliche Gesellschaft ist freilich nicht oder nur selten so, wie eine deterministische Philosophie glauben machen will; sie ist kein automatisch immer arbeitender Verstärkungsapparat. Im Gegenteil – die menschliche Gesellschaft ist ja gerade so eingerichtet, dass Verhalten nur *wahrscheinlich* belohnt oder bestraft wird und dass diese Wahrscheinlichkeit nicht immer gleich bleibt. Wenn Wahrscheinlichkeiten zunehmen, schadet das nichts, aber wenn sie abnehmen, machen sie das Verhalten oft noch hartnäckiger. Auf diese Art lernen die Menschen schneller und wirksamer, als es die

einfache deterministische Interessentheorie vorausgesehen hätte. Man könnte sogar sagen, ein Interesse sei immer eine Verhaltensweise oder ein Erwartungsmuster, das durch eine abnehmend wahrscheinliche Verstärkungsabfolge in seiner Wirksamkeit erhalten bleibt. Wenn man nach Interesse fragt, fragt man: Wo ist die Verstärkungsabfolge, die dieses Interesse und dieses Verhalten hervorbringt?

Der Sonderfall der Schweiz

Nach diesen Hinweisen auf ganz allgemeine und daher sehr graue Theorie sei nun die Frage gestellt, weshalb es in der Schweiz zu einem Integrationsprozess kam und weshalb das in mancher Hinsicht einzigartige Ereignis möglich war, dass eine ganz besonders dauerhafte, ganz besonders festgefügte Integration erfolgte unter Bevölkerungen, die an ihren Sprachen und an regionalen und anderen Besonderheiten zum grossen Teil festhielten. Das alles geschah ja über lange Zeit hinweg mit einem Minimum an gemeinsamem Staatsapparat, ohne gemeinsame Polizei, ohne einen gemeinsamen Gerichtshof, mit einem Minimum an Institutionen und an verbindlichen, erzwingbaren Gesetzen. Es gab keine Bundesautorität, die durch Jahrhunderte hindurch einen Bundesbeschluss gegen den Kanton Bern hätte erzwingen können. Und auch in vielen andern Kantonen wurde sehr selten von der Bundeszwangsgewalt Gebrauch gemacht, so dass also die besondere Betonung der *Erzwingung* als eines Hauptelements der Integration wohl übertrieben ist. Das Habsburger Reich hatte eine beträchtliche Zwangsgewalt und brach in Stücke. Die schweizerische Konföderation hatte durch lange Zeit hindurch keine von den Kantonen verschiedene Zwangsgewalt; selbst Bundesexekutionen mussten sich ausschliesslich auf die Militärmacht der Kantone verlassen. Es gab kein Bundesheer, das von dem der Kantone verschieden gewesen wäre. Und trotzdem hielt die politische Gemeinschaft zusammen. Wo kommt das her?

Das Land

Wenn wir in die „graue Vergangenheit“ zurückblicken, sieht der schweizerische Integrationsprozess sogar noch erstaunlicher aus: Im frühen Mittelalter war die Schweiz nämlich nicht einmal ein Land, sondern ein *Grenzgebiet* Europas. Da gab es einen unwegsamen Gebirgsknoten in der Mitte, wo die Siedlungsdichte immer mehr abnahm, je höher man in diese Täler hinaufstieg und an den Rand der Gletscher kam, und kein vernünftiger Bischof hatte die geringste Lust, sich in diese Hochtäler hineinzusetzen. Was heute die Schweiz ist, bestand aus den Endzipfeln von sieben Bistümern oder Erzbistümern in Europa; sieben Diözesen kamen um den Gottard herum zusammen, und es gab in der Schweiz während Jahrhunderten keinen Erzbischof: Einer sass in Konstanz, einer in Tarentaise, einer in Comoalle weit weg vom Schuss, und selbst die Bischöfe von Basel und Chur blieben weit ausserhalb der Urschweiz.

Ähnlich verhielt es sich mit den grossen Feudalherren, den Herzögen von Zähringen aus Württemberg oder den Habsburgern mit Erblanden in Österreich: In der Schweiz gelang es niemandem, im 10., 11. und 12. Jahrhundert eine mächtige Feudalmacht aufzubauen. Die Este, die Zähringer, die Wittelsbacher sassen alle woanders und erstreckten ihre Macht nur marginal in diese etwas unwegsamen Grenzbezirke. Zunächst ist hier vor allem einmal von der Urschweiz die Rede, später erst vom Mittelland und den Stadtkantonen.

An der Gebirgsgrenze gibt es bestimmte *wirtschaftliche Vorteile*. Im Mittelalter ist das wichtigste Kapitalgut, das es gibt, das Holz: Bauholz, Holz für Mühlenräder und primitive Maschinen, Holz für Holzkohle, Metallgewinnung und Eisen-schmelzen. Und die Schweiz, am Rande Italiens gelegen, hat Zugang zur italienischen Technologie, hat aber auch Holzvorräte und Wasserkraftvorräte, die proportional zur Bevölkerung beträchtlich über das italienische Mass hinausreichen und auch über das Mass der meisten europäischen Länder. Eisenvorkommen gibt es sonst noch in Frankreich und in Norwegen, aber die Mittelmeerländer sind ja im allgemeinen an Eisen sehr arm. Eisen ist ein Mangelgut in der mittelalterlichen Technologie, aber in der Schweiz gibt es diese Dinge. Ausserdem gibt es da Land, und zwar Land genug, so dass die Bauern nicht Ziegen halten müssen, sondern sich sogar Rinder leisten können. Es gibt unwegsame Bergweiden, die ihnen kein Feudalherr so leicht streitig machen kann. Die Bauern des Tales Uri müssen im 10. Jahrhundert unter Lebensgefahr Bergheu auf den Felsenleisten des Tales schneiden, um es in einem Kloster in Zürich abzuliefern. Aber wieviel dort oben wächst und wieviel sie dem Kloster bringen, ist zum Teil immer noch ihren eigenen Überlegungen überlassen. Und wir sehen schon im 10. Jahrhundert, dass sie anfangen, ihre Quote herunterzuhandeln. Es gibt zugleich eine Möglichkeit, Feldwirtschaft mit der Weidewirtschaft zu kombinieren, statt sich spezialisieren zu müssen, und es gibt die Möglichkeit, über bestimmte Pässe, die schon offen sind, wie die Bündnerpässe, der Simplon und andere, mit Italien, der damals ent-

wickeltsten Landschaft Europas, in Beziehung zu treten und in Beziehung zu bleiben. Als die norditalienischen Städte in den Jahren 1000 bis 1300 an Bedeutung zunahmen, wuchs automatisch der potentielle Markt für die Schweiz.

Alpenbauern, Passverkehr und Geldwirtschaft

Die Schweizer sind nun nicht, wie man nach Schillers „Wilhelm Tell“ vermuten könnte, von Ursprung an „ein Volk der Hirten“ gewesen. Wir wissen von den Historikern, dass sie Getreidebauern waren wie andere Bauern im deutschen und französischen Raum, aber dass sie lernten, oben auf den flachen Schultern der Talhänge, oberhalb der steilen Talabfälle, Weiden und Alpen anzulegen und, im 13. und 14. Jahrhundert besonders, von der Kornwirtschaft auf die Weidewirtschaft und die Arbeitsteilung überzugehen. Wenn man Rinder auf den Bergweiden hält, hat man Leder, Trockenfleisch und Käse. Käse aber ist das versendbare Protein des Mittelalters. Es ist eine Nahrungsform, die hohe Energie liefert, die hohen Nährwert hat und die aufgestapelt und versandt werden kann. Weidewirtschaft bedeutet so auch Geldwirtschaft, sie bedeutet Fernhandel und Arbeitsteilung. Urner Pferdehändler werden in den norditalienischen Städten gefunden, schweizerisches Vieh wird auf norditalienische Märkte getrieben, und Schweizer Käse erscheint in den Steuerbüchern der Habsburger und in den Einfuhrregistern der italienischen Städte. So werden die schweizerischen

Bauern zu einer Zeit, da die andern Bauern noch tief in der Naturalwirtschaft stecken, Bauern der Geldwirtschaft. Das ist im 12., 13. und 14. Jahrhundert eine Seltenheit.

Die Bauern der Schweiz, die man sich oft als typische Bauern vorstellt, sind gar keine typischen Bauern. Es sind Bauern einer ganz eigenen Art, wie es sie nur in ganz wenigen Teilen Europas gibt, etwa in Norwegen: Es sind Bauern, die die Welt kennen und gesehen haben; es sind Bauern, die mit Geld umzugehen wissen. Denn es gibt bereits den Passverkehr. In einem Tal an der Strasse zum Splügenpass, im Dorfe Rheinwald, sind im Mittelalter ein Drittel aller Beschäftigten im Passverkehr tätig. Das heisst auch hier: Das kleine Dorf oder das kleine Städtchen im Alpental ist nicht ein naturalwirtschaftliches Bauerndorf, sondern ein gemischt wirtschaftliches, geldverbundenes Dorf.

Waffenbesitz

Mit der frühen Bedeutung des Geldes geht die Beibehaltung der Waffen einher. In den Grenzgebieten der Schweizer Berge schreitet die Entwaffnung der Bauern nur ganz langsam voran, und der Übergang in die Unfreiheit ist geringer als im Tiefland. Bekanntlich haben die Kriegszüge Karls des Grossen und seiner Nachfolger viele Bauern dazu bewogen, die Freiheit aufzugeben, sich in den Schutz eines Feudalherrn oder eines Klosters zu stellen, um den fast endlosen Kriegsdiensten zu entgehen. Aber es war schwer genug, die Schweizer

Alemannen aus ihren Bergtälern für irgend einen fränkisch-königlichen Kriegszug herauszulocken; sie blieben häufig lieber daheim, behielten aber ihre Waffen. Im Jahr 1087 verbot ein Erlass des Kaisers Friedrich Barbarossa den Bauern des heiligen Römischen Reiches, Schwerter zu besitzen. Das ist einer der Marksteine in der historischen Bauernentwaffnung. In der Schweiz und in den Gegenden, die später die Schweiz wurden, wurde dieses Verbot nicht beachtet. Im Gegenteil, die Hintersassen des Abtes von St. Gallen in Appenzell zum Beispiel waren *verpflichtet*, ihre Waffen daheim zu behalten. Jeder Bauer hatte seinen Harnisch, und wenn er starb, war seine Frau verpflichtet, den Harnisch blank geputzt zu halten, so dass, falls sie wieder heiratete, der neue Gatte gleich wieder Helm und Harnisch haben sollte. Und es gab einen Harnischrodel, also ein Verzeichnis, in dem alle Harnische von Appenzell säuberlich verzeichnet standen. Die Bauern hatten vielleicht mehr Ordnung in ihren Waffen als die Ritter in den ihrigen — es gab viele Ritterburgen, wo die Harnische nicht so säuberlich geputzt und verwaltet wurden. In Appenzell wie in der Urschweiz gibt es so auch wieder einen ganz eigenartigen Fall von Bauernschaft: Das sind Bauern, die Geld haben, die die Welt kennen und die *bewaffnet* sind.

Mehr noch, die Schweizer Bauern verdingen sich auch als Söldner; das tun viele Bergbauern, aber bei den Schweizern gibt es zwei Unterschiede: Sie verdingen sich als Söldner nicht individuell, sondern die Truppen müssen über die Gemeinde angeworben werden. Vor Faenza (1240) gibt es kein

Häufchen aus allen Teilen der Schweiz zusammengeworbener Landsknechte, sondern einen Trupp Schwyzer, die sich dann bei der Belagerung dieses Ortes auszeichnen. Woher kommt das? Die Schweizer Bergbauern können felsenklettern, und bevor es Artillerie gibt, ist Felsenklettern die einzige Methode, um Burgen einzunehmen; der felsenkletternde Schweizer ist gewissermassen die erste Form der Artillerie. Er kann Burgen brechen, und aus der Zeit zwischen 1291 und 1315 haben die Archäologen Indizien gefunden, dass etwa 40 Burgen in der Urschweiz gebrochen worden sind. Das taten die Schweizer als erste: Zuerst brachen sie Burgen im Auftrag der Feudalherren, so, wie sie Faenza für einen Staufenkaiser belagert hatten oder wie Rudolf von Habsburg die Felsenkletterer bei der Einnahme von Besançon eingesetzt hatte; aber nach 1291 verwendeten sie ihre Künste zum Brechen der Burgen der Feudalherren in ihren eigenen Tälern. Und wenn man heute durch die Schweizer Täler fährt und danach durch das Val d'Aosta, durch den Vintschgau und andere Täler im Tirol, durch die Tarentaise, durch den Dauphiné, dann sieht man den Unterschied: In den nichtschweizerischen Nachbartälern sind die Burgen grösser und die Häuser kleiner. In der Schweiz aber wurden die Burgen zerstört; Goethe ist noch aufgefallen, dass es im Emmental so wenig Burgen und so grosse Bauernhäuser gab. Das, sagt er, sei ganz anders als in Deutschland. Im gleichen Jahrhundert hatte Rousseau geschrieben, die Paläste der Reichen würden aus den Hütten der Armen gebaut. In diesen Dingen zeigt sich die relative Einzigartigkeit der Schweiz.

Und dann gibt es noch etwas: Es handelt sich hier um die *sozialen* Vorteile. Die Entwaffnung der Bauern ist verlangsamt und hört bald ganz auf, die Unfreiheit breitet sich in den Hochtälern viel weniger aus und weicht bald der Befreiung. Am Ende des 13. Jahrhunderts hat Schwyz noch Unfreie, aber viel weniger, als es in einem gleich grossen Dorf oder Flecken Schwabens oder Frankreichs der Fall gewesen wäre. Und dann kommt der revolutionäre Schritt: Im Jahr 1305 beschliesst die Gemeinde Schwyz, dass alle Entscheidungen über Freiheit und Unfreiheit von jetzt an von der Gemeinde durch Abstimmung erledigt würden. Damit nimmt man den Feudalherren einfach das Recht weg, über Freiheit und Unfreiheit zu bestimmen. Und der ganze Kampf um die Gerichtsbarkeit in all den Berggemeinden ist natürlich auch mit solchen Entscheidungen über persönliche Freiheit und Eigentum verbunden.

Es war bereits die Rede von Informationsvorteilen. Die Schweizer Bergbevölkerung hatte Verbindung mit der ganzen Welt. Wir wissen aus den Tagebüchern isländischer Äbte, wie der Weg von Island nach Rom über die Schweizer Pässe geht. Ferner wurde auf die militärischen Vorteile hingewiesen, auf die grössere Solidarität der Gemeindeaufgebote, das Felsenklettern, auf die gewaltigen Marschleistungen der Schweizer Truppen und auf ihre waffentechnische Erfindungsgabe. Es hat sich herausgestellt, dass die *Hellebarde* eine schweizerische Erfindung von etwa 1290–1300 ist; anscheinend gab es sie vorher nicht. Und eine Hellebarde verhält sich zu einem gepanzerten Ritter im Felde etwa so wie ein Büchsenöffner zu

einer Konserve oder wie ein Antitankgeschütz zu einem Tank. Es sind „Helmbarten“, also Helmspalter, und es gibt in der Chronik des Johannes von Winterthur ein erschreckendes Bild der Schlacht von Morgarten, das zeigt, wie die Ritter reihenweise mit gespaltenen Helmen auf dem Schlachtfeld liegen. Es waren neue und furchtbare Waffen, die hier eingesetzt wurden.

Das Erbe der Kommunalbewegung

Aber hinter diesen Dingen steckt noch etwas anderes. Im Jahr 1004 ungefähr beginnt eine kommunale Revolution in Norditalien durch die Pataria, die Bruderschaften; in Neapel hatte die Kommunalbewegung schon früher angefangen. Aber bekanntlich gab es in ganz Europa eine Kommunalbewegung, in der die Städte die Selbstverwaltung errangen und Räte einführten: Es entstanden richtige Räteverfassungen; die Räte hiessen „Consules“, und in vielen Teilen Europas wurde die Herrschaft der Feudalherren und Bischöfe über die Städte beseitigt, manchmal mit dramatischen Gesten. Die Bürger von Bury St. Edmunds in England erklärten, ehe sie dem Abt des Klosters wieder Macht in der Stadt einräumten, würden sie lieber alle geschlossen zur Hölle gehen. Diese Entschlossenheit der Bürger, sich von Bischöfen, Äbten und andern nicht diktieren zu lassen, führt vielenorts zu einem gewaltigen Erfolg der Selbstverwaltungen. Eine zeitlang gibt es Städte-selbstverwaltung in den Niederlanden (Henri Pirenne hat das

beschrieben), in Norddeutschland, in Köln und im Rheingebiet, in Süddeutschland, in Frankreich und schon früher, und ganz besonders intensiv, in Italien. Im langen Kampf zwischen Kaiser und Papst von 1015 bis 1268 verstehen es die Päpste, sich besonders mit den norditalienischen Städten gegen die kaiserliche Herrschaft zu verbünden.

In einem grossen Teil Europas bleibt diese Bewegung nur auf die *Städte* beschränkt; sie ist schwächer auf dem flachen Land. In Norditalien aber geht sie auf das flache Land. Am Gardasee gibt es bei Gravedona und Dongo die berühmten „tre pieve“, die drei Völker, die drei Pfarrschaften, wie wir heute sagen, die Selbstverwaltung haben. Im Bleniotal, im Eschental, in einer ganzen Reihe italienischer Täler, in Poschiavo gibt es im 12. und 13. Jahrhundert Selbstverwaltung. In Deutschland geschieht das nicht. Dort überlassen die Städte das flache Land der Feudalherrschaft. In Frankreich verbünden sich die Städte mit den Königen und verlassen sich auf die königliche Gewalt, die sie gegen die Feudalherren schützen würde, und sie werden allmählich durch die Steuerforderungen der Könige so belastet, dass sie diese bitten, ihnen die Selbstverwaltung gnädig abzunehmen und so ihre Steuerpflichten zu vermindern.

In Italien dehnen die Städte die Herrschaft über das flache Land, den „contado“, aus, aber sie lassen die Adligen in die Stadt kommen. Allerdings benehmen sich dann die Adligen in der Stadt so, wie es die Adligen häufig tun — sie führen Familienfehden und Machtkämpfe zugleich; es gibt grimmige soziale Spaltungen zwischen den Patriziern und den Gross-

kaufleuten auf der einen Seite und den armen Teufeln und Zunfthandwerkern von Florenz und sonstwo auf der anderen. Am Schluss bricht die italienische Stadtverwaltung unter den Kämpfen der Adligen und unter Hass und Furcht zwischen Patriziern und gemeinen Leuten in fast jeder Stadt zusammen, und die Condottieri, die Söldnerführer, übernehmen in einer Stadt nach der andern das Regiment.

Darüber hinaus ist der Contado-Bauer auf italienischem Boden grimmig verachtet. Wer einen Bauern totschiägt im genuesischen oder florentinischen Stadtgebiet, zahlt eine geringere Busse als jener, der einen Stadtbürger tötet; ein Stadtbürger ist oft zweimal soviel wert wie ein Bauer. In vielen andern Beziehungen sieht man ähnlich, wie der Bauer zwar von der Leibeigenschaft befreit wird und kommerziell nicht mehr ausgebeutet werden kann, aber zugleich ein Mensch minderen Rechtes und minderer Geltung bleibt. In den deutschen Städten gibt es sehr wenig Fehden, da hier der Adelige nicht in die innere Stadtpolitik hineinwächst und da das zünftische Element vorherrscht.

In Europa gibt es nur wenige Städte, in denen man die italienische Form der Stadtregierung über das flache Land, also die Contado-Verfassung, mit der deutschen genossenschaftlichen Verhinderung von innerstädtischen Bürgerkriegen kombiniert. Diese Städte sind die Städte der heutigen Schweiz. Das sind Städte, die selbständig bleiben, die regierende Staaten bilden wie die Italiener, die aber Bürgerkriege vermeiden wie die Deutschen. Es ist eine seltsame Kombination; aber die Städte, die sie haben, sind heute schweizerisch.

Man könnte sagen: Die Schweiz besteht aus jenen Gebieten, welcher Sprache auch immer, in denen die europäische Kommunalrevolution des 12. und 13. Jahrhunderts überlebt hat. Wo die Kommunalrevolution nicht am Leben blieb, das ist heute Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich.

Keine Unterdrückung der Bauernschaft

Die Deutschschweizer Städte im Mittelland hatten noch eine Besonderheit: Sie behandelten ihre Bauern unvergleichlich respektvoller, als die italienischen Städte es taten. Es ist der Stadt Bern nicht eingefallen, einen Berner Bauern als eine Person minderen Rechts zu behandeln, wie es in den norditalienischen Stadtstaaten gang und gäbe war. Man vergleiche z. B., wie Venedig die Bauern der „terra firma“ behandelte und wie Bern die Bauern der Berner Landschaft behandelte. Das bedeutete dann allerdings auch, dass die italienischen Städte im 14. und 15. Jahrhundert sich nicht auf die Wehrkraft der Bauern verlassen konnten. Die Städte versuchten alles Mögliche zu tun; sie liessen alle Männer, die fähig waren, Waffen zu tragen, Eide der Loyalität schwören, ihre Stadt zu verteidigen – aber ein schlecht behandelter Bauer hatte eben trotzdem kein Motiv, sein Leben für die Stadt einzusetzen, die ihn so zurückgesetzt hatte. Als die Franzosen 1494 nach Italien einbrachen, gab es keine grossen italienischen Volksheere, die den Eindringlingen entgegengetreten wären, und Machiavelli stellte fest, es sei doch seltsam, dass in Italien die

Städte so wehrlos seien – aber die Schweizer, sagte Machiavelli seinen Landsleuten, das sei ein Volk in Waffen! Und da in der damaligen Zeit die Mehrzahl des Volkes aus Bauern bestand, war das Volk in Waffen eben ein *Bauernvolk* in Waffen; dies trifft für die Schweiz zu, nicht aber für Italien und Deutschland. Der Volkswirtschaftler und Soziologe Joseph Schumpeter berichtet, wie am Anfang des 16. Jahrhunderts Bern allein als Stadt und Kanton 6000 Bewaffnete ins Feld stellen konnte, also ungefähr einem deutschen Kurfürstentum militärisch gleichwertig war. Die militärischen Beteiligungsquoten in der Schweiz waren eben weit höher. Albert von Bonstetten nennt 1414 für Schwyz z. B. ein normales Militäraufgebot von 3000 Männern – dies in einem Kanton von damals etwa 12 000 Einwohnern. Die Historiker sind sich nicht ganz einig darüber, wie genau Bonstettens Ziffern oder Schätzungen sind; aber sie zeigen einen Unterschied von einer ganzen Grössenordnung. Im übrigen Europa war weniger als 1 Prozent der Bevölkerung bewaffnet und im Waffenhandwerk ausgebildet. Bonstettens Ziffern für die Urkantone Uri, Schwyz und Unterwalden zeigen 25 Prozent, also ungefähr eine Militärbeteiligung in der Nähe der heutigen Ziffer für Israel. Das ist selbst heutzutage beinahe einzigartig. Auch wenn man die Hälfte dieser Schätzung abstreichen würde, wäre das immer noch ein unvergleichlich höheres Verhältnis der politischen und militärischen Partizipation, als es sonst im damaligen Europa zu finden war.

Dass die Schweiz eine andere Lebensform und eine andere Gesellschaftsordnung hatte, das wurde übrigens auch damals

von den Gegnern der Schweiz ausdrücklich betont. Im Burgunderkrieg erklärten die Burgunder, die Schweiz sei ein ganz umstürzlerisches, „bolschewistisches“ Land, das die Absicht habe, den Adel abzuschaffen und alle Bauern in Europa zu befreien; und um diese gefährlichen Agitatoren an ihrem Handwerk zu hindern, hatte Karl der Kühne sogar einmal befohlen, alle gefangenen Schweizer sofort aufzuhängen, damit sie ja nicht die Bauern im übrigen Europa ansteckten. Die Erinnerung an diese Bedrohung durch die Schweizer gibt es noch im 17. Jahrhundert. In den Papieren des Lord Montrose, eines Parteigängers der adligen Konterrevolution in England um 1688, ist zu lesen, dass die Engländer, die Rundköpfe, in Wirklichkeit die Absicht hätten, den ganzen Adel abzuschaffen und „allen Adeligen die Gurgel abzuschneiden nach Schweizerart“. Das ist nun nicht gerade, was die Schweizer tatsächlich taten, aber das ist der Ruf oder die Erinnerung, die sie in manchen Adelskreisen erweckten. Lord Montrose wohnte ziemlich weit von der Schweiz weg, aber irgend jemand musste ihm doch diese Schreckensnachricht von der Schweiz gebracht haben.

Die Besonderheit der damaligen *Sozialordnung* der Schweiz findet ihren Ausdruck auch, in der Einzigartigkeit des Bergkantons. Ein Bergkanton wie Uri ist ein Bauernkanton mit geldbesitzenden, waffenbesitzenden, weltweit informierten Bauern, und er ist eine natürliche Stadt, mit den Bergen statt einer Stadtmauer und den Pässen statt der Stadttore. Es ist also eine landwirtschaftliche Gegend, die sich nach städtischer Art regieren lässt, die sich wie eine Stadtge-

meinde, wie eine Kommune benimmt. Und unten im Mittelland gibt es das Bündnis der Bürger der Stadtstaaten wie Bern oder Zürich mit den Bauern ihrer eigenen Kantone und damit ein anderes Verhältnis zwischen Stadtbürgern und Landbewohnern. Da werden die Dorfrechte weitgehend aufrechterhalten, und die Selbstverwaltung der Dörfer wird viel mehr respektiert. Wir wissen von den Aufzeichnungen der Dorfordinungen im Zürcher Landgebiet und anderswo, wie stark auch hier die sozialen Verhältnisse in der Schweiz vom übrigen Europa abweichen.

Die Technik des Föderalismus

Dazu kommt nun noch die politische Technik des *Föderalismus*: Dass es Bündnisse unter Berggemeinden gibt, scheint natürlich, und dass sie föderalistisch sein müssen, erscheint auch wahrscheinlich, denn in Berggemeinden gibt es gerade genug gegenseitigen Zugang über die Pässe, um einander helfen zu können. Durch die Ausbeutung eines nützlichen Passweges gibt es oft eine grosse Belohnung dafür, dass sich z. B. die Urner auf der Nordseite des Gotthards mit den Leuten im Ticinotal auf der Südseite vertragen, genauso wie sich die Städte an beiden Enden des Panamakanals miteinander vertragen müssen, um etwas vom Panamakanal zu haben. Aber es gibt dabei auch noch die Unmöglichkeit, die Dörfer im einzelnen aus der Ferne zu verwalten, da die verkehrsmässigen Hindernisse zu gross sind. Wir sehen nun, dass

die Föderation nicht nur in den Urkantonen stattfindet, sondern es gibt ähnliche Bündnisse unter den Walliser Zehnten; es gibt Bündnisse zwischen den französisch sprechenden Gemeinden und den deutschsprachigen Berggemeinden im Wallis, den Städten unten im Tal, Sion und Sierre; man weiss bis heute nicht, ob der Mann, der die Verteidigung von Sierre leitete, wirklich „Jean de la Platée“ hiess wie in den französischsprachigen Walliser Geschichtsbüchern oder „Hans vom Henggart“, wie er in deutsch-walliser Geschichtsbüchern heisst. Vielleicht war ursprünglich die Chronik lateinisch, aber jedenfalls würden heutzutage Walliser Patrioten beider Sprachgruppen den Jean de la Platée und den Hans vom Henggart für sich in Anspruch nehmen. Diesen Bündnissen in Graubünden – wo es gleich drei Bünde gibt –, in der Urschweiz, im Wallis, entsprechen auch Bündnisse, die weniger weit gedeihen, im Briançonnais, im Dauphiné und in der Tarentaise. Aber in diesen Tälern gibt es keine grossen Städte, die ihre wirtschaftliche und politische Macht in Bündnissen zur Verfügung stellen. Die Bevölkerung ist kleiner, die Landreserven sind kleiner, die Militärerfahrung ist geringer, und die Selbstverwaltung kann nicht durchgeführt und langdauernd behauptet werden. Ähnlich verhält es sich im Tirol und im Aostatal.

Der historische Prozess liesse sich etwa wie folgt zusammenfassen: Die Schweiz hatte das Glück, bis zum 13. Jahrhundert ein rückständiges Gebiet zu sein, so unterentwickelt, dass sich kein Bischof und kein Grossadeliger hineinsetzen wollte. Und dann, als der Gotthardpass eröffnet wurde und als die

Schweiz dank ihren Pässen eine Hauptverkehrsader Europas wurde und als sich durch das Wachstum der norditalienischen Städte der Austausch von Waren, Gütern und Menschen zwischen Rheinland und Lombardei ganz gewaltig erhöhte, da war die Schweiz bereits weit genug gediehen, um in der Selbstverwaltung, in der teilweisen Unabhängigkeit diese Vorteile für sich selbst in Anspruch zu nehmen und sie keinem Bischof und keinem Adelsherrn zu überlassen.

Eine politische Kultur der Mässigung und des Muts

Dabei gab es in der Schweiz ein ganz besonders entwickeltes politisches Talent. Es gibt in der Schweizer Geschichte kaum je eine Figur wie Michael Kohlhaas oder Klaus Störtebecker in Norddeutschland. Das heisst, die Schweizer haben ihren Freiheitsdrang weder in einem grenzlosen Kreuzzug für abstrakte Gerechtigkeit verbraucht noch in einem Ausbruch in wildes Räuberwesen. Es gab Räuber in Graubünden, aber sie wurden keine Volkshelden wie Störtebecker. Auf der andern Seite aber haben die Schweizer immer wieder unablässig neue Forderungen angemeldet, immer unter dem Vorwande der Mässigung, der Objektivität, der Kompromissbereitschaft und der eignen Rechte.

Das ist eine alte Bauernverhaltensweise. Otto Stolz zeigt, wie in Tirol Gemeinden neue Forderungen anmelden, aber sie immer für „alte Rechte“ ausgeben. Wenn man eine neue Forderung hat, sagt man immer, es sei ein altes Recht gewesen,

und da es keine schriftlichen Aufzeichnungen gibt, verfügen die Bauern in den Tiroler Berggemeinden über ein ungemein elastisches Erinnerungsvermögen. Dieses elastische Erinnerungsvermögen von Bauerngemeinden gibt es auch in der Schweiz. Die Schweizer sagen immer wieder: „Unsere Forderungen sind mässig. Wir wollen nichts umstürzen. Wir wollen nur unsere eigenen Rechte wieder haben.“ Aber wenn man das verfolgt, zeigt sich, dass etwa alle 15, 30 Jahre die „alten Rechte“ wieder etwas umfangreicher werden; und sie wachsen mit der Militärmacht der Eidgenossen.

Dann aber gibt es ganz entscheidende Momente, wie die beiden Jahre 1386 und 1388, wo in Süddeutschland der Aufstand der Gemeinden und Städte bei Böblingen vom Adel blutig niedergeschlagen wird, während bei Sempach und bei Näfels die Eidgenossen über die Habsburger und den mit ihnen verbündeten Adel siegen. Das hat dann den verschiedenen Schicksalsweg von Süddeutschland, von Württemberg und all dem, was heute Schwaben ist, und der Schweiz dauernd gezeichnet. Man sieht das auch noch im Bauernkrieg; man sieht immer wieder, wie der Adel in Deutschland und die Zentralgewalt der Könige in Frankreich siegt, während in der Schweiz die Bauern und die Gemeinden die Oberhand behalten.

Diese Skizze hat bisher die Stadtkantone sehr vereinfacht dargestellt, als hätten sie einfach aus Weisheit und Güte diese einzigartige Politik betrieben. In Wirklichkeit gab es innerhalb der Stadtkantone grosse Kämpfe. Man kennt die Geschichte vom Ritter Brun in den Jahren um 1338, das Bündnis von

einigen Randmitgliedern des Zürcher Adels mit den städtischen Zünften. Aber das war nicht etwas Unvermeidliches. Was auffällt an der Schweizergeschichte, das ist die Abfolge von Entscheidungen, die auch anders hätten ausfallen können. Die Schweizer Städte hätten entscheiden können, das Land dem Adel zu überlassen wie in Deutschland. Oder sie hätten entscheiden können, die Adelige in die Stadt hineinzulassen und ihnen das Stadregiment zu überlassen wie in Norditalien. Sie hätten es tun können, aber sie taten es nicht. Sie hätten entscheiden können, die Bauern hinabzudrücken, aber sie taten auch das nicht. Es ist wohl richtig, dass manche dieser Entscheidungen auf Schwierigkeiten gestossen wären. Was sie taten, war wahrscheinlich unter den gegebenen Umständen das *Vernünftigste*. Aber es ist selten in der Politik, dass das Vernünftigste auch das Wahrscheinlichste ist, was die Menschen tun. Es ist vielleicht die Einzigartigkeit der Schweizergeschichte, dass die Leute das Vernünftigste auch wirklich taten.

Und das Vernünftigste hat oft etwas unglaublich Kühnes. Denn die Habsburger, die Burgunderkönige, die Herrscher von Savoyen, den Kronprinzen von Frankreich zu bekämpfen – das waren unglaublich kühne Dinge. Und sie wurden getan, unter phantastischen Opfern zwar, aber sie wurden durchgeführt.

Zu der Betonung der politischen und rechtlichen Mässigung kommt die Mässigung auf dem Bundesgebiet. Man denke etwa an den grossen Kompromiss von 1481. Wir sehen oft, dass in irgendeinem entscheidenden Moment einer erfolg-

reichen Föderation die grossen Kompromisse stehen, in der Geschichte der amerikanischen Verfassung z. B. der Kompromiss des Elbridge Gerry zwischen den grossen und den kleinen Staaten, der zum Zweikammersystem führt, der Vertretung nach der Bevölkerungsstärke im Repräsentantenhaus und nach Staatseinheiten, also zur Bevorzugung der kleinen Staaten, im Senat. Wir sprechen in der amerikanischen Geschichte von den „great compromisers“. In der Schweizer Geschichte gab es eine ähnliche Erscheinung, Bruder Niklaus von Flüe, der auch einen grossen Kompromiss durchführte. Sein Imperativ der Bescheidung: „Steckt den Haag nicht zu weit – macht die Grenzen nicht zu weit“ – ist das genaue Gegenteil der Theorie des Thomas Hobbes, der sagte, die Menschen hätten „einen unstillbaren Durst nach Macht über Macht, der nur im Tode endet“ („a thirst for power after power, which only ceases in death“). Niklaus von Flüe war ein besserer Ratgeber als Thomas Hobbes, und wir sehen, dass das System des Hobbes, die absolute Monarchie in England, sich nicht erhalten hat; das schweizerische begrenzte Föderativsystem des Flüe aber ist noch da.

Die grosse Versuchung zur Machtpolitik kam noch einmal vor: 1515, als die Schweizer eine zeitlang wirklich die tonangebende Macht in Norditalien waren oder zu sein hofften. Damals gab es eine Zeit, da die Schweizer ihre Macht auch in Mailand ausübten. Es gab Momente, da man glaubte, man könne ganz Norditalien, zumindest die ganze Lombardei, unter Schweizer Einfluss bringen. In den grossen Schlachten von Novara und Marignano stellte sich heraus, dass diese

Politik zu viel Blut kostete. Und wieder, statt bis zum bitteren Ende zu kämpfen – so, wie Schweden sich einmal zu Anfang des 18. Jahrhunderts unter Karl XII. ruinierte und ausblutete, bevor es den Traum der Macht über Russland und die Südseite der Ostsee aufgab –, hören die Schweizer bald auf, weiter für eine schweizerisch-nationale Machtpolitik zu kämpfen. Die Tagsatzung von 1515 beschliesst die *Neutralität*.

Die Schweizer verfügten offenbar über eine *Lernbereitschaft*, eine Lerngeschwindigkeit, die ausserordentlich bemerkenswert ist. Die Schweizer geben also die Machtpolitik und die Ausdehnungspolitik auf. Man kann sagen, von Flüe habe die Politik vorbereitet, aber es gibt diese realistische Lernbereitschaft dann immer wieder; so werden die Appenzeller, die sich in einer erfolgreichen Revolution den Schweizern anschliessen, daran gehindert, Tirol zu erobern. Man sagte: Wenn ihr das versucht, macht die Schweiz nicht mit – und die Schwyzer bekommen ein gewisses Aufsichtsrecht über die Appenzeller, um diese allzu unternehmungslustigen Bauern davor zurückzuhalten, die Schweiz in kriegerische Verwicklungen zu stürzen.

Dieses Einbauen der Mässigung, dieses Wissen darum, dass man nicht nur einen Motor, sondern auch ein *System der Bremsen* braucht, das ist in der schweizerischen Aussenpolitik sehr klar und sehr charakteristisch. Manchmal geht es sehr weit. 1798 weigert sich die Schweiz die Valtellina – das Veltlin – in die Helvetik aufzunehmen. Napoleon schlägt es dann zu Italien. Man glaubte eben, man könne das Veltlin

nicht ganz absorbieren. Und 1920 wird auch der Vorschlag des österreichischen Alpenlandes Vorarlberg abgelehnt, als es sich durch Abstimmung in die Schweiz hineinbefördern wollte.

Dieses Motiv der bewussten Entscheidung zur *Selbstbeschränkung* erscheint als ein ganz wichtiges Motiv im Integrationsprozess. Der Höhepunkt der ersten Integration der Schweiz ist vielleicht am Anfang des sechzehnten Jahrhunderts erreicht: Burgund ist besiegt, Karl der Kühne ist tot, die Eidgenossenschaft ist auf 13 Orte erweitert, Appenzell ist 1513 hineingekommen, und dann fangen die Berner an, 1526 und noch einmal 1536, das Waadtland zu erobern.

Stagnation und Oligarchie 1550–1700

Um diese Zeit aber treten die Glaubensspaltung und zwei sehr grosse Veränderungen ein. Die eine besteht darin, dass in den grössten europäischen Territorialstaaten die *Grossartillerie* aufkommt, und grosse Artillerie ist in der Schweiz weder herzustellen noch leicht zu verwenden. Und andererseits verschiebt sich das *Zentrum des Welthandels* weg von der Achse Niederlande-Rheinland-Schweizerpässe-Norditalien und hin zur atlantischen Küste. Bis zu einem gewissen Grade könnte man sagen: Christoph Columbus hat die Entwicklung der Schweiz verlangsamt. Die Entdeckung Amerikas führt zu einer Verlagerung des Welthandels, die auf einmal aus Mitteleuropa, z. T. aus Böhmen, z. T. aus Österreich und besonders

aus der Schweiz, Länder der verlangsamten wirtschaftlichen Entwicklung macht. Das Wachstum der schweizerischen Städte stockt, und einzelne schweizerische Städte erleben im 16. und 17. Jahrhundert einen Bevölkerungsrückgang.

Die Schweiz stagniert, und sie gleicht sich an das autoritäre Europa an. Schweizer Bürger nehmen den Adelstitel an, Schweizer Städte behaupten nun einfach, sie wären keine revolutionären Gemeinden, sondern sie übten lediglich die feudalen Hoheitsrechte aus, aber eben kollektiv durch den Gemeinderat statt individuell. Man gleicht sich dem Europa der Standesunterschiede an, und es kommt auch zu einer gewissen Verschlechterung der Lage der Bauern. Dann gibt es den Aufstand der „Drei Tellen“, und es stellt sich nun überraschend heraus, dass, während sich Protestanten und Katholiken sonst bitter bekämpfen, wenn es um Bauernaufstände geht, sich die Stadträte beider Glaubensrichtungen in ihrer Unterdrückungspolitik völlig einig sind.

Die Schweiz verlangsamt sich im Weitergehen, und auch sie hat ihre Bürgerkriege. Zwingli fällt 1531 bei Kappel, dann gibt es die Villmerger Kriege, den ersten 1656, der zweite folgt 1712. Aber zwischen dem Ersten und Zweiten Villmerger Krieg gibt es einen beträchtlichen Unterschied: Die Schweiz erfährt eine neue Stärkung des Integrationsprozesses, denn sie wird ein Schauplatz der *industriellen Revolution*, der eigentlich in vieler Hinsicht nur gerade hinter England und Schottland zurücksteht.

Kapitalbildung und industrielle Revolution: Die Voraussetzungen in der Schweiz

Woher kommt das *Kapital* für dieses Wachstum der Industrie? Keineswegs zum grossen Teil, wie man meinen könnte, aus dem Solddienst von Schweizertruppen im Ausland. Der Maler Niklaus Manuel Deutsch aus Bern malt um 1515 ein symbolisches Bild des Söldners: Eine Hälfte zeigt den gesunden jungen Mann, der wohlgekleidet ins Feld zieht; die andere Hälfte der gleichen Gestalt aber zeigt, wie er zurückkommt – arm, alt, krank, ein Krüppel, und in Lumpen gekleidet.

Wohl gab es ausländische Bestechungssummen und Pensionen für einflussreiche Kantonsbürger, die den fremden Fürsten den Abschluss von Soldverträgen mit der eigenen Gemeinde erleichtert hatten. Das hatte eine gewisse Bedeutung in den Alpengemeinden und kam auch in Stadtkantonen vor, aber es war wohl kaum eine Hauptquelle der Kapitalbildung in den letzteren.

Die Kapitalbildung in der Schweiz vollzieht sich vor allem in den Mittelland- und Stadtkantonen. Die Kapitalzentren sind Basel, Bern, Zürich und Genf. Zürich hört mit dem Söldnerexport bereits zur Zeit Zwinglis auf, in Genf hatte es ihn kaum gegeben, in Basel und Bern lagen die Hauptquellen des Reichtums im Handel und im Bankwesen, ebenso in Genf. Der Söldnerexport bleibt länger bestehen in den Urkantonen wie Uri und Schwyz, und gerade dort ist die Bildung von flüssigem Geldkapital weniger stark fortgeschritten. Die Kapi-

talbildung rührt mehr vom Passverkehr in den meisten Alpenkantonen, mehr vom Handel und Bankwesen in den Stadtkantonen und von den Spargewohnheiten und Arbeitsgewohnheiten fast überall in der Eidgenossenschaft her. Aber noch viel entscheidender war, dass die schweizerische Revolution – und sie war im wesentlichen doch eine *soziale* Revolution – die kapitalverschwendenden und kapitalzerstörenden Eliten des feudalen Europa des 14. Jahrhundert ausschaltete, und was übrig blieb, waren ja eben doch die Leute, die man manchmal so schön die „Rappenspalter“ nennt, aber immerhin die Leute, die das Kapital zusammenhielten. Im 16. Jahrhundert bildete sich dann in der Schweiz das protestantisch-calvinistische Bürgertum, und diese Schicht ist ihren Wirtschaftsgewohnheiten nach beträchtlich kapitalbildend. Die ungarischen Magnaten, die spanischen Granden und die französischen, italienischen und deutschen Grafen und Prälaten waren meistens nicht so sparsam und nicht sehr investitionsbereit. Und dass es den Schweizern gelang, statt Kapital zu verschwenden eine kapitalansammelnde Oberschicht zu bekommen, ist einer der Punkte, der für die spätere Wirtschaftsentwicklung nicht unwichtig ist. Seit 1515 hat die Neutralität dem Lande viele – wenn auch nicht alle – Verwüstungen und Kosten der ständigen Kriege der folgenden vier Jahrhunderte erspart. Darüber hinaus gibt es in der Schweiz keine Adelherrschaft, kein feudales Bodenrecht, die die Landnutzung inhibieren, es gibt in der Schweiz keine riesigen feudalen Militärapparate, keinen Hofstaat, der einen Teil des gesellschaftlichen Reichtums abschöpft; es gibt mehr

Freiheit des Unternehmers und mehr Gelegenheit zur Kapitalbildung als sonstwo. Arme Schweizer Gebiete werden nun entweder wiederbelebte Gebiete der Aktivität, wie St. Gallen, das schon einmal ein Zentrum der Leinenindustrie gewesen war, oder z. T. neues Gebiet des Wirtschaftswachstums wie Glarus, das im 18. Jahrhundert zu einem sehr stark industrialisierten Gebiet wird.

Die industrielle Entwicklung fängt natürlich mit Heimindustrien an, aber sie geht bald weiter. Die Schweiz hat Wasserkräfte, und dies ist im 18. Jahrhundert wichtig. Sie hat ein Volk, das bereit ist zu lernen, und gerade in den *protestantischen* Kantonen gibt es eine Tradition der Schul- und Lernbereitschaft; es gibt ein sehr starkes Landhandwerk, und – hier finden wir wiederum das Bündnis von Bauern und Stadt – es gibt viele verschiedene Handwerke auf dem Dorf. Das erscheint den Schweizern heute als selbstverständlich, aber wer etwa die Geschichte der schottischen Volkswirtschaft liest, findet dort ein besonderes Verbot: Die schottischen Städte haben durchgesetzt, dass es keine Handwerker in den schottischen Dörfern geben sollte; das Handwerk war dort ein städtisches Monopol. In Deutschland und Frankreich waren Handwerker zumindest aus der Nähe der Städte verbannt; die Worte „Bannmeile“ und „banlieue“ erinnern heute noch daran.

In der Schweiz zeigen die Statistiken für das 18. Jahrhundert einen ungewöhnlichen Reichtum in Zahl und Verschiedenartigkeit der Berufszweige der Landhandwerker und damit auch wieder eine günstige Vorbedingung für die Entwicklung

der Industrie. So wird die Schweiz bereits in der Mitte des 18. Jahrhunderts nach England eines der industriell am weitesten entwickelten Länder.

Und mitten in der kommerziellen und industriellen Revolution und der Wiederbelebung des Handels und des Geldwesens (die Genfer Bankiers spielten eine ganz wichtige Rolle im 18. Jahrhundert, wie dies Herbert Lüthy und andere gezeigt haben), entwickelt sich nun noch einmal der Patriotismus. Es gibt eine Identifizierung in den Kantonen der Schweiz, es gibt Reformbewegungen: man erkennt, dass die Leistungsfähigkeit des gewöhnlichen Volkes eine der wichtigsten Quellen des nationalen Reichtums ist. Überall in Europa entdecken die Gutsbesitzer und die Bürger die Wichtigkeit der gewöhnlichen Leute, die man ausbilden muss, damit ihre Arbeit ergiebiger wird und daher also mehr Reichtum vor allem auch für die privilegierten Schichten geschaffen wird. Im 19. Jahrhundert gründen die böhmischen Adligen Gewerbeschulen für die tschechischen Bauern, die Italiener werden unter Cavour Mitglieder der Gesellschaft zur Förderung der Landwirtschaft. Schon im 18. Jahrhundert beginnen die Adligen in Wales das Heimatland zu erforschen und bemühen sich, den walisischen Bauern das Trinken ab- und das fleissigere Arbeiten anzugewöhnen. Das gibt es überall, auch in der Schweiz.

Um das Ende des Jahrhunderts wird gar ein Schweizer namens Johannes Müller einem österreichischen Erzherzog brieflich Unterricht in Patriotismus erteilen und ihm erklären, wie gut es doch wäre, wenn die Herrscher Österreichs ihren

Leuten auch einmal Patriotismus beibringen könnten. Das ist eine Art „Korrespondenzkurs“ aus der Schweiz, durch den Patriotismus nach Österreich gebracht werden soll.

In der Helvetik gibt es dann rapide und radikale Reformen, die die Macht der traditionellen konservativen Elitegruppen für einige Zeit zerbrechen, aber es sind Reformen, die der besonderen Eigenart oder Verschiedenartigkeit der Schweizer nicht gerecht werden, nämlich Reformen nach dem Muster des französischen uniformen Einheitsstaates. Sie stossen darum auf Widerstände. In der Restaurationsperiode nach 1815 gehen manche Reformen verloren, aber viele überleben. In dieser Hinsicht ähnelt die Schweiz ein wenig Schweden und Norwegen, wo auch wieder nach der Restauration 1814/15 eine ganze Reihe der Reformmassnahmen bestehen blieben, während zum Teil die Reaktion in andern Gebieten grösser war. Natürlich hinterliess die Reform auch in Deutschland und Österreich Spuren, aber es scheint, dass in den Industriekantonen der Schweiz Reformen besser überlebten.

Im Revolutionsjahr 1830 siegt die „liberale Revolution“ oder die „bürgerliche Revolution“ in Frankreich, Belgien und in den schweizerischen Industriekantonen. Nach 1830 ist Bern liberal, desgleichen Basel und Zürich, und 1847 gibt es den Sieg des 19. Jahrhunderts in der ganzen Schweiz – noch ein Jahr vor dem Rest Europas.

Das ist kein Zufall, sondern darf als symbolisch gelten: Die Schweiz hat einen Vorsprung, und für den Rest des 19. Jahrhunderts behält sie ihn und vergrössert ihn. Sie hat einen Vorsprung im Erziehungswesen, einen Vorsprung in der

Volksbildung, einen Vorsprung in der Freiheitlichkeit der Einrichtungen, einen Vorsprung in Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit der Bürger, einen Vorsprung in den Bedingungen, die Kapitalanlagen fördern; und das schweizerische Eisenbahnsystem ergänzt jetzt die schweizerischen Pässe in einer ganz neuen und vorher noch nicht dagewesenen Weise. Es gibt einen Industrievorsprung, und um 1900 herum ist die Schweiz das fortgeschrittenste Land des europäischen Kontinents und in vieler Hinsicht – wie etwa in der Volksbildung – vielleicht auch weiter voran als England.

Die Mässigung sozialer Gegensätze: Eliten und Volk

Ein kluger Kritiker fragt: Ist dieses Bild nicht zu positiv? Verbirgt es nicht die häufigen Gegensätze der Interessen und Verhaltensweisen zwischen einer Elite und der Masse des Volkes, die es in der Schweiz wie in anderen Ländern gegeben hat? Der skeptische Kritiker sagt weiter: „Die Elite verstand sich – man führte die Integrationsleistung durch, um die Untertanen besser beherrschen zu können.“ Der Kritiker mag auch sagen, der ganze Kredit für die Integration der Schweiz sollte eigentlich an eine kleine Elite gehen. Das würde bedeuten, dass die grosse positive Integrationsleistung von der Elite komme, und dass das übrige Schweizervolk eigentlich gar nichts besonderes damit zu tun habe.

Das scheint kaum glaubwürdig: Denn es ist wohl wahr, dass die fatale taktische Entscheidung, bei St. Jakob an der Birs zu

kämpfen, wahrscheinlich nicht von der Elite gefällt wurde. Und wichtiger noch: In einem Europa, wo fast überall die Söldner mit beträchtlicher Geschwindigkeit davonliefen, wenn sie sich einem übermächtigen Gegner gegenüber sahen, hielten diese Schweizer bis fast zum letzten Mann aus. Und der französische Dauphin, der kein Schweizer Propagandist war, sagte sich nach der Schlacht bei St. Jakob an der Birs, diese Leute mit diesen Fähigkeiten des Zusammenhaltens, mit dieser Fähigkeit der Aufopferung für ein Kollektiv müsse er sich zu Verbündeten machen. Als er später als Ludwig XI. König geworden war, nahm er die Schweizer als Söldner auf, bezahlte ihnen Prämienlohn; und als sich nachher herausstellte, dass alle möglichen Leute aus dem Wallis und sonstwo nach Frankreich gingen und sagten, sie seien Schweizer und wollten den Prämienlohn, bestimmte Ludwig XI. in einem Erlass, dass Schweizer nur jene seien, die aus den deutschsprechenden Kantonen herkämen, und dass jeder andere, der behauptete, Schweizer zu sein, sozusagen als Warenverfälscher prompt zu hängen sei. Minderwertige Nachahmungen, so schien es wohl dem König, weise man zurück; er wollte keine gewöhnlichen Landsknechte zu Schweizer Preisen mieten.

Hier zeigt sich wieder eine Verhaltensweise der Bevölkerung: Die Schweizer waren ungewöhnlich tapfer, aber sehr oft ungebärdig. Sie folgten der Gemeinschaft und der Gemeinde eher als den Herren und den Eliten. In vielen anderen Ländern im 15., 16., und 17. Jahrhundert getraute sich das Volk gar nicht, den Eliten nicht zu gehorchen oder ihnen gar zu widersprechen. Das gab es zu einem gewissen Grade in

Schottland und in Wales, und aus diesen Ländern, und vielleicht mehr noch aus der Schweiz, kommen immer wieder Reisende erstaunt über diese Eigenart des Volkes zurück. Der Gesandte der Republik von Venedig, Padavino, berichtet aus Graubünden, es sei schrecklich, wie es dort zugehe: Das Volk gehorche niemandem; es gebe keine Autorität; wenn man dort einen einflussreichen Mann besteche, folgten ihm die andern nicht. Das schien dem Gesandten ganz entsetzlich – wie könne denn ein venezianischer Diplomat noch normale europäische Politik betreiben?

In Uri und anderen Kantonen haben die französischen Könige Pensionsgelder verteilt, aber diese Pensionsgelder wurden in Uri z. T. an jeden Stimmberechtigten weitergegeben. Es scheint sicher, dass manche Familien, vielleicht auch die des Kaspar von Silenen, von diesen französischen Pensionen mehr erhalten haben als die ärmeren Urner. Aber zu einem gewissen Grade ging das Geld an alle, denn gerade Uri war ja nicht der Platz der Kapitalkonzentration.

Je mehr Aufmerksamkeit man der Rolle der Elite schenkt, desto mehr wird die schweizerische Elite zur Ausnahmeerscheinung. Wer sagt, das Verdienst um die Integrationsleistung der Schweiz sei vor allem ein Verdienst der schweizerischen Elite gewesen, der wäre sogleich auch zu fragen, wo denn die Schweizer eine so nützliche und leistungsfähige Elite herbekommen haben, während fast alle anderen europäischen Völker eine Elite hatten, die ihnen so viel weniger nützte? Woher kommt es denn, dass die Habsburger Elite so viel schlechter war, die deutschen Fürsten oder die Elite der

Bourbonen so viel weniger erfolgreich waren? Es ist anzunehmen, dass das nicht auf die angeborene Güte der schweizerischen Elite zurückzuführen ist, sondern darauf, dass unter den politischen Bedingungen der Schweiz die Elite eben ganz anders auf ihre Menschen Rücksicht nehmen musste – aber auch, dass die Elite sehr oft viel gelernt hatte, um gemeinsame Interessen mit ihrem Kantonsvolk zu erkennen und wirksam zu vertreten. Die Berner Elite – das waren sozusagen *bewaffnete Bankiers* – hatte sehr bald entdeckt, dass, wenn man die Berner Bauern anständig behandelte, man dem Kanton Bern eine Wehrkraft geben konnte, die jener eines deutschen Herzogtums gleichwertig war. Ein Herzogtum, das Bauern als Unfreie oder Leibeigene ansah, war eben nicht stärker als das viel kleinere Bern, das seine Bauern als Menschen behandelte. Im Rahmen der elitären Entwicklung in der Schweiz, selbst im 18. Jahrhundert, zur Zeit, als die Patrizierherrschaft vielleicht am stärksten war, hatten etwa 15 Prozent der erwachsenen Bevölkerung des Kantons Bern ein Stimmrecht. In Zürich und in den andern Mittellandkantonen verhielt es sich ähnlich. In den Urkantonen lag der Prozentsatz wohl noch höher. Das ist zu vergleichen mit einer europäischen Stimmbeteiligung von etwa 10 Prozent in der Mitte des 19. Jahrhunderts (1830–1860) und von 5 Prozent in Schweden bis um die Jahrhundertwende. Schon im 18. Jahrhundert war also die Beteiligungsbreite in der Schweiz dreimal so stark – so etwa im Aargau –, als sie es sonstwo war.

Gewiss, es gab viel Ungleichheit innerhalb der Schweiz, es gab Eliteherrschaft, die zu Bauernaufständen führte: es gab Ungleichheit und oft schlechte Regierung in vielen Untertanengebieten. In manchen Teilen des heutigen Tessins haben sogar die Amtsleute der dreizehn Kantone ausgiebig Sporteln in ihre eigene Tasche abgeleitet, Ämter gekauft und Begünstigungen vergeben. Als sich die Tessiner zum Teil gegen Uri erhoben, hat Uri eine Reihe von den Leuten köpfen lassen. Als die Schweizer im 15. Jahrhundert das Eschental eroberten, wurden sie als Herrscher des Eschentals so verhasst, dass ein Volksaufstand sie aus dem Lande trieb und die Italiener stolz sagten, sie hätten mit dem Fett der erschlagenen Schweizer ihre Schuhe geschmiert. Eine ähnlich phantastische Intensität des Volkshasses gegen eine Elite aus der Schweiz hat es dann noch einmal im Veltlin gegeben, zur Zeit des Aufstandes gegen die Protestanten aus der Schweiz. Es gibt also ganz beträchtliche dunkle Flecken in der Geschichte der Eidgenossenschaft. Aber es gibt schlimme Dinge in der Geschichte jedes europäischen Landes. Dass in der Schweiz trotz dieser schlimmen Dinge so viel Gutes herauskam, ist doch nicht unbedeutend.

Fest steht, dass die Eliten die Reformen und die Integration nicht ganz von sich aus durchgeführt haben. Der Kampf um die Dorfordnungen wurde im Kanton Zürich von den Bauern geführt. Teile der Elite waren bloss vernünftig genug, schon im 14. und 15. Jahrhundert wie der Ritter Brun sich mit den Zünften und den Bauern zu verbünden, während ein anderer Teil der Elite sich noch 1440 Pfauenfedern an die Hüte

steckte und erklärte, man wollte doch lieber auf der habsburgischen Seite stehen. Es gab die einen und die anderen, und sie haben blutige Bürgerkriege geführt, in denen Hass und Wut, wie in der Belagerung von Greifensee im Jahre 1444, sich bis zur Hinrichtung der gefangenen Besatzung steigerte.

All das ist wahr. Aber auch die verhältnismässig positiven Leistungen bleiben. Wenn hinter diesen Leistungen das Verhalten der Elite steht, so geschah das auf der Grundlage einer grösseren Beteilung des Volkes. Die Schweiz hätte nicht von den Eliten allein gemacht werden können, eine Schweiz *ohne* Schweizervolk hätte nicht geschaffen werden können. Es gibt eine sehr schöne Stelle in der Chronik von Unterwalden, über die Zeit nach dem Burgenbruch und der Schlacht von Morgarten (1315): Ein Adeliger, ein Freiherr von Attinghausen, hatte sich in den Befreiungskämpfen ziemlich verdient gemacht; danach hatte die Gemeinde zu beraten, was mit ihm geschehen sollte. Darauf beschlossen sie, er könne seinen Besitz behalten, und sie würden ihn gerne als einen Mitbürger aufnehmen und achten – wenn er aber versuchen wolle, seine Macht über das Tal als Adelsherr wieder herzustellen, dann würden sie ihn zu einem Schafhirten machen. So begrenzt im 14. Jahrhundert ein Gemeindebeschluss von Unterwalden die Machtstellung eines Mitgliedes der Elite, und selbst heute, im Zeitalter der Grossfirmen, Grossbanken und der grossen Organisationen, ist die Machtstellung aller schweizerischen Eliten jeder Art begrenzter und die freiwillige Zustimmung und Unterstützung durch das Volk wichtiger als in den meisten anderen hochentwickelten Ländern der Welt.

Akkommodation und Innovation

Es ist bekannt, wie die Geschichte weitergeht: Die Schweiz zwischen 1900 und 1918 fällt noch einmal in schwere Sozialkonflikte, die im Generalstreik von 1918 gipfeln; dann folgt eine Übergangszeit.

In der grossen Wirtschaftskrise nach 1929 gibt es eine neue Entscheidung. Man entscheidet sich nicht für die „französische“ Lösung. („Lieber Hitler als die Gewerkschaften“ oder „Lieber Hitler als Blum“, wie manche Franzosen es aussprachen). Es gibt auch keine Volksfront, man einigt sich auf die gegenseitige Akkommodation im Inneren, und man wagt die geistige Landesverteidigung, die Neutralität, gegen die riesige Macht des Hitlerreiches, die immer kräftiger gegen die Landesgrenze drückt. Es gibt allerdings auch Gruppen, die sich lieber mit Hitler und der „Neuordnung“ gutgestellt hätten, es gibt einige üble und tragische Szenen mit der Fremdenpolizei, die manche Naziopfer ausweist und den Nationalsozialisten in die Hände liefert. Aber trotz dieser Flecken hat die Schweiz im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungsgrösse einer ganz beträchtlichen Menge von Leuten Zuflucht und Schutz gegeben und so das Leben gerettet, hat sich die Schweiz tapfer und mutig und wehrhaft ausharrend gegen den Nationalsozialismus verhalten.

Die schweizerische Koalitionspolitik, die sich in der Krise und im Zweiten Weltkrieg bewährt hat und die auch in den fünfziger und sechziger Jahren weiterfunktioniert, ist also jetzt über 40 Jahre alt; in ihren Ursprüngen geht sie auf ein halbes

Jahrhundert zurück. Aber diese Koalitionspolitik lässt eine Frage offen: Die Schweiz im 18. und 19. Jahrhundert war eines der innovationsfreudigsten Länder Europas. Dies gilt auf technologischem Gebiet noch bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts. Eine amerikanische Studie zeigt, dass die fünf wichtigsten Erneuerungen und Innovationen in der Uhrenindustrie in den vierziger und fünfziger Jahren alle aus der Schweiz kamen, wie etwa die Uhr, die sich selbst aufzieht, antimagnetische, wasserdichte und stossichere Uhrengehäuse, Vertrieb durch Kaufhäuser, „drugstores“ und andere Nichtfachgeschäfte und anderes mehr. Die Schweiz war sehr innovationslustig – aber es ist schwer, Innovationsbereitschaft mit einer Akkommodationspolitik zu verbinden. Denn in der Akkommodationspolitik hat jede Partei ein gewisses Veto-recht.

Ausserdem werden ja die politischen Mandatsträger und Amtsinhaber dank der Akkommodationspolitik fast unabsetzbar. Die Bundesräte und andere Funktionäre und die Mitglieder der Regierungsgremien auf allen Ebenen bleiben auf sehr lange Fristen im Amt. Unter dem Mehrparteiensystem oder dem Zweiparteiensystem dagegen gibt es nach Ansicht einiger Staatswissenschaftler eine bessere Chance, durch die Abwechslung verschiedener Mannschaften Innovationen schnell durchzuführen.

Hier ist zu betonen, dass sich keine Indizien dafür finden lassen, dass ein Zweiparteiensystem oder ein Einparteiensystem oder ein Vielparteiensystem Innovationsbereitschaft garantiert. Innovationsbereitschaft hängt von vielen andern

Bedingungen ab, und es gibt wohl kein politisches System, das sichere Gewähr dafür bietet, dass Innovationen stattfinden. Es hat Länder gegeben, in denen Innovationen ausblieben und das System auch im Zweiparteien- oder Vielparteienkartell verknöcherte. Aber es ist vielleicht wahr, dass es verhältnismässig schwer hält, Innovationen durchzusetzen in einem Akkommodationssystem, das Einstimmigkeit voraussetzt – es sei denn, es setze sich in der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kultur des Landes insgesamt eine ganz starke Innovationsbereitschaft durch.

Es gibt da ein merkwürdiges Paradox: Wer die Schweiz vom Blickpunkt der Aussenwelt her ansieht, sagt sich, dass dieses Land eine ganz unerhörte Leistung verkörpert, dass man hier in vieler Hinsicht etwas Glänzendes geleistet hat. Es ist in der Schweiz gelungen, die soziale Überschichtung zu mildern und sie von der sprachlichen Verschiedenheit zu trennen. Es gibt in den grossen Firmen in der Schweiz ungefähr so viele leitende Angestellte mit französischen, deutschen und italienischen Namen, als diese Sprachgruppen in der Bevölkerung vertreten sind. Das ist etwas ganz anderes als in den meisten anderen Ländern der Welt, wo fast immer eine Sprachgruppe, eine Religionsgemeinschaft oder eine ethnische Gruppe die Manager stellt und andere Gruppen vor allem die Untergebenen verkörpern.

Die Schweiz am Scheideweg

Dennoch entdeckt man, dass viele Wissenschaftler in der Schweiz – ebenso wie manche berühmte schweizerische Schriftsteller – ihre Aufmerksamkeit vor allem darauf richten, was hier *nicht* getan worden ist. Sie weisen darauf hin, dass heute der frühere Erziehungsvorsprung gegenüber den Nachbarländern nicht mehr da ist, auch wenn ähnliche Schulverpflichtungen bis zum 16. Lebensjahr, ähnliche Standards in den Universitätskliniken, in der Forschung und in vielen anderen Institutionen und Praktiken als selbstverständlich hingenommen werden. Sie betonen, dass zwar vieles in der Schweiz so gut ist wie im Rest Europas, aber eben nicht mehr um so viel besser, als es im 18. Jahrhundert und 19. Jahrhundert der Fall gewesen war.

Es ist wohl möglich, dass daran etwas Wahres ist. Hier steht die Schweiz wie fast alle hochentwickelten Länder unserer Zeit vielleicht an einem Scheideweg zwischen konservativem Erstarren und schöpferischer Neuentwicklung. Einige Kräfte der Erneuerung aber werden bereits sichtbar. Amerika ist in mancher Beziehung, für das Gute oder das Schlechte, ein Modell für die Zukunft anderer Länder; es gibt nun in Amerika mehr Leute, die sich mit der Arbeit an Universitäten beschäftigen, als es dort Bauern und Landarbeiter gibt. Amerika hat heute mehr Leute, die Wissen anbauen, als Leute, die Kartoffeln und Getreide anpflanzen. Auch in der Eidgenossenschaft hat sich das Universitätswesen entwickelt. Auch in der Schweiz werden die Universitäten langsam immer

wichtiger, und eines Tages werden sie wichtiger sein als die Landwirtschaft. Und die heutigen Universitäten sind mit der Wissenschaft, der Technik und teilweise der sozialen Praxis verbunden und an Innovation interessiert. Schon um mit der internationalen Konkurrenz mithalten zu können, wird es unvermeidlich auch für die Schweiz sein, dass zwischen 20 und 50 Prozent der Altersgruppe der jungen Leute an die Universität gehen. In den Nordstaaten von Amerika ist man heute bei 50 Prozent angelangt. In der Sowjetunion, in Kanada, in den Niederlanden und in Frankreich, und vielleicht auch schon in der Bundesrepublik sind es zwischen 10 und 20 Prozent. Die Schweiz ist heute noch nicht ganz so weit, aber sie geht auch in diese Richtung. Da gibt es also eine massive, auf Innovation ausgerichtete Interessengruppe, die im Wachsen begriffen ist. So wie man einmal davon sprach, dass die Industriearbeiterschaft wachsen würde, so zeigt sich heute, dass zur Industriearbeiterschaft, die es in der Schweiz schon gibt – wenn es auch häufig Gastarbeiter sind –, eine neue Gruppe von *Kopfarbeitern* hinzu kommt. Die Automation, die Kybernetik, wird z. T. die Industriearbeit mechanisieren, und man wird wahrscheinlich mehr Leute für die komplizierten Operationen der Kopfarbeit brauchen.

Dazu kommt der wachsende Bedarf an Forschung und Innovation, um die Rohstoffverknappung zu verhindern, die sonst auf lange Sicht bei erhöhtem Produktionsvolumen und unveränderten Produktionsformen unvermeidlich wäre. Die schweizerische Wirtschaft ist, wie alle Volkswirtschaften in Westeuropa, auf eine als normal erwartete Rate des Wachs-

tums aufgebaut. Ein wirtschaftliches Wachstum zu einem ständigen Prozentsatz, auch wenn es bescheidene 3 Prozent wären, verdoppelt das Sozialprodukt in 23 Jahren. Eine Verdoppelung des Sozialproduktes aber bedeutet einen ähnlich erhöhten Materialverbrauch. Die alten Materialien werden dann knapp; das ist auch z. T. nicht aufzuhalten; und der Schweiz wird es gerade dann schwerer fallen, ihre komplizierte Technologie gegen knappere Metalle, Rohmaterialien und Treibstoffe auszutauschen. Sie wird es nur tun können, wenn sie zwei Dinge vermag: Sie muss selbst konkurrenzfähig werden und bleiben, um hochentwickelte Technologie ausführen zu können. Aber im Augenblick muss man sich nicht sehr vor Schweizer Computern fürchten. Es gibt manche Industrien, wo die Schweiz sehr auf der Höhe ist, manche, wo sie es heute nicht so sehr ist, und das wichtige wird sein, *ob* und *wo* die Schweiz auf der Höhe bleibt. Die andere Frage ist, dass man, um das wirtschaftliche Wachstum fortzusetzen, die Produktionsform ändern muss. Wenn Kupfer immer teurer wird, muss man entweder damit aufhören, die Elektrizitätsindustrie mit Kupfer zu versorgen, und man muss Aluminiumdraht einführen oder Transistoren oder sonst etwas machen, damit man von Kupfer weniger abhängig wird. Innovation in der Technologie und Wirtschaft ist heute nicht ein Luxus, sondern eine Lebensnotwendigkeit.

Damit soll angedeutet werden, dass die Schweiz unter äusserem und innerem Innovationsdruck stehen wird – daher die Möglichkeiten, dass sie darauf eine sehr positive Antwort findet. Es kann aber auch schief gehen. Man kann sich ver-

kalkulieren – so, wie es Wirtschaftskartelle und Methoden gab im 18. Jahrhundert und später, die bestimmte Länder künstlich rückständig machten, so wie jetzt Argentinien und Uruguay sich künstlich rückständig gemacht haben. Das sind Länder, die vor einem halben Jahrhundert zu den fortgeschrittensten der Welt gezählt wurden.

Das kann jedem Land passieren. Es ist wenig wahrscheinlich, dass das in der Schweiz geschehen wird. Gerade jene, die durch ihre Kritik Innovationsbereitschaft äussern, werden dafür sorgen, dass das nicht passieren wird. Gerade von dieser oft unartikulierten, oft unklaren, aber sehr realen Innovationsbereitschaft hängt viel ab – übrigens in allen Ländern. Amerika steht vor der Notwendigkeit, sich zu transformieren und umzuwandeln. Ein Land, das sich nicht wandeln kann, ohne seine wesentliche Identität zu verlieren, treibt in der Zukunft der äussersten Gefährdung seiner Stabilität und sogar seiner Existenz entgegen. Das Problem liegt in der Versöhnung des Wandels mit der Bewahrung wesentlicher Teile der eigenen Integrität. Und das ist eben ein Problem für die 200 Millionen in Amerika genauso wie für die 6 Millionen in der Schweiz.

Neue Aufklärung oder neuer Konservatismus?

Jenseits dieses Scheideweges ist es vorstellbar, dass die Schweiz eine zweite Aufklärungs- und Reformbewegung bekommt wie einst im 18. Jahrhundert, also wieder eine Be-

wegung zur staatsbürgerlichen Erneuerung, zum Versuch, Anschluss an den Innovationswillen zu bekommen, in einer Gesellschaft, die so viele glänzende Eigenschaften hat, wieder etwas mehr Beweglichkeit, etwas mehr Möglichkeiten zur Selbsttransformierung durch Reformen und den Aufstieg für Talente zu öffnen, wie es oft in der Vergangenheit der Schweizergeschichte der Fall gewesen ist.

Die andere Möglichkeit wäre, dass die Schweiz heute wieder auf Zustände hinsteuert wie im späten 17. Jahrhundert, also auf eine Erstarrung in patrizischen Formen für eine gewisse Zeit, auf eine Angleichung an ein Europa der Kartelle und der Grossbanken. So, wie damals eine schweizerische Elite sich den Fürsten anglich, würde die Schweizer Demokratie sich heute Schritt für Schritt an das Europa des Grosskapitals angleichen, so bleiben wie der Rest und in dieser Form sozusagen überwintern. Das wäre auch möglich; aber es scheint, dass die Welt von heute für eine stabile Herrschaft der grossen Industrie- und Bankgesellschaften noch weniger günstig wäre als sie es im 18. Jahrhundert für eine stabile Herrschaft der Fürsten war. Es gibt heute einige Gründe für die Annahme, dass Reformbereitschaft der einzige Weg ist, eine Gesellschaft zu erhalten, und dass der *waghalsigste*, der für die Stabilität gefährlichste Versuch in der Politik der Versuch des *kompletten Konservatismus* ist.

Aber das sind allgemeine Fragen, die jedes Land angehen. Auf jeden Fall ist festzuhalten, dass in der Schweiz eine grosse politische Integrationsleistung gelungen ist und dass diese Integrationsleistung nur zum geringen Teil durch äussere

Umstände gefördert wurde. Wenn Belgien heute im tiefsten nationalen Frieden lebte, würde man sagen, das komme daher, dass Belgiens Nachbarn das Gleichgewicht gehalten hätten. Wenn es aber Österreich-Ungarn noch gäbe, würde man sagen, da sehe man eben, wie fest die Monarchie ihre Völker vereint habe. Wenn es heute in Nord- und Südtirol eine wunderbare nationale Gemeinschaft gäbe und die Tiroler und Norditaliener der Welt ein wunderbares Beispiel der Völkerverbindung böten, könnte man sagen, hier zeige sich eben, wie die alpine Umgebung zur Völkerfreundschaft führe. Wie man weiss, ist dies im Südtirol eben nicht der Fall gewesen.

In der Schweiz ist etwas geleistet worden *durch Entscheidungen*, durch eine Geschichte, die Menschen gemacht haben, die zeigt, dass es möglich ist, in einer langen gemeinsamen Zeit grosser Leistungen ganz verschiedene Regionen und Sprachgemeinschaften zusammenzuhalten und im Lauf der Zeit einen gemeinsamen Volkscharakter zu schaffen, eine gemeinsame politische Kultur, ein zusammenhaltendes Volk, das vier Sprachen spricht. Und doch sind es zugleich vier Völker – die „Suisse romande“ ist ja ethnisch und kulturell etwas Besonderes –, so wie in den besten Zeiten Englands die Schotten und die welsh-sprechenden Einwohner von Wales zugleich Briten sein wollten. Aber in der Schweiz scheint diese Integration, diese Einheit, tiefer und fester verwurzelt zu sein. In der Schweiz gehören 73 Prozent der Bevölkerung der grössten Sprachgruppe an, der deutschen, und die Minderheiten haben einen Anteil von 27 Prozent. In einer Tafel der

sprachlichen Heterogenität in vielleicht 60 Ländern, für die wir Angaben besitzen, rangiert die Schweiz etwa in der Mitte. Das heisst, die Verschiedenartigkeit der Schweiz ist keine Ausnahme. Man dachte vor 100 Jahren, die sprachliche und kulturelle Uniformität Frankreichs sei normal und die Verschiedenartigkeit der Schweiz bilde eine Ausnahme, etwas Ausserordentliches. Heute hat sich das Gegenteil herausgestellt. Selbst die Franzosen haben heute Probleme in der Bretagne und in anderen Regionen. Die Schweizer zeigen sich in ihrem Grad der sprachlichen Verschiedenartigkeit ungefähr typisch für die ganze Welt.

Untypisch ist nur ihr *Erfolg* in der Erreichung und Behauptung der politischen Integration. Und die Erfahrungen der Schweizer, wie man die Menschen zur Zusammenarbeit motiviert, wie man zusammenarbeiten lernt und das Gelernte festhält, das scheint heute von grösster Bedeutung für die Zukunft der Welt. Es ist in diesem Lande gelungen, eine politische Tradition der weltoffenen und vernünftigen Menschlichkeit zu schaffen und festzuhalten, von einer Art, die in der Welt nicht sehr häufig ist, und die die Welt braucht. Je mehr die Schweiz diese integrative, humane und fortschrittliche Tradition erneuert und fortentwickelt, desto mehr bleibt sie das, was sie seit so vielen Jahren, seit Pestalozzi und früher, gewesen ist: eine der Lehrstätten der Menschheit.